

Brüssel, den 18.7.2024
C(2024) 4971 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 18.7.2024

**über die Finanzierung des Aktionsplans für die Resilienz- und Krisenreaktionssäule für
2024 (Teil 1)**

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 18.7.2024

über die Finanzierung des Aktionsplans für die Resilienz- und Krisenreaktionssäule für 2024 (Teil 1)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates², insbesondere auf Artikel 23 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Es muss ein jährlicher Finanzierungsbeschluss angenommen werden, um sicherzustellen, dass der Aktionsplan für die Resilienz- und Krisenreaktionssäule für 2024 (Teil 1) umgesetzt werden kann. Dieser Beschluss stellt das jährliche Arbeitsprogramm für 2024 dar. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen werden im Einklang mit der Mitteilung der Kommission „Der europäische Grüne Deal“⁴ und der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ COM(2019) 640 final vom 11. Dezember 2019.

eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel⁵ zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt beitragen.

- (4) Die Ziele des im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/947 zu finanzierenden Aktionsplans (Maßnahmen für Resilienz und Krisenreaktion) zielen darauf ab, die Resilienz von Staaten, Gesellschaften, Gemeinschaften und Einzelpersonen zu stärken und humanitäre Hilfe mit Entwicklungsmaßnahmen und gegebenenfalls Friedenskonsolidierung zu verknüpfen.
- (5) Alle Maßnahmen für Resilienz und Krisenreaktion stärken wirksam die Resilienzkapazitäten und verbessern die Abstimmung, die Kohärenz und die Komplementarität zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungsmaßnahmen und gegebenenfalls Friedenskonsolidierung, da dies durch geografische und thematische Programme nicht zügig erreicht werden kann.
- (6) Die Maßnahme mit dem Titel „Strengthening community resilience through improved livelihoods and access to basic services for vulnerable and displaced communities affected by conflict and climate change in Chad, South Sudan and the Central African Republic“ (Stärkung der Resilienz der Gemeinschaften durch Verbesserung der Existenzgrundlagen und des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen für Schutzbedürftige und Vertriebene, die von Konflikten und Klimawandel in Tschad, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik betroffen sind) zielt darauf ab, die Resilienz schutzbedürftiger Gemeinschaften und der durch die Sudan-Krise vertriebenen Bevölkerungsgruppen in Tschad, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik zu stabilisieren und zu stärken.
- (7) Die Maßnahme mit dem Titel „Programme de renforcement de la résilience des régions septentrionales des pays côtiers d’Afrique de l’Ouest face à la propagation du terrorisme“ (Programm zur Stärkung der Resilienz der nördlichen Regionen der Küstenstaaten Westafrikas angesichts der Ausbreitung des Terrorismus) zielt darauf ab, die Resilienz der Bevölkerung, der Gemeinschaften und der staatlichen Institutionen im Norden Togos und Benins zu stärken, um den Druck durch Vertreibung und Sicherheitsprobleme infolge der Krise in der Sahelzone abzumildern.
- (8) Die Maßnahme mit dem Titel „Adaptive social protection to strengthen long-term resilience and address drivers of displacement in Pakistan“ (Anpassungsfähiger Sozialschutz zur Stärkung der langfristigen Resilienz und zur Bekämpfung der Ursachen von Vertreibungen in Pakistan) zielt darauf ab, die Lebensbedingungen der armen und schutzbedürftigen Gemeinschaften Pakistans nachhaltig zu verbessern und deren langfristige Resilienz aufzubauen, indem das Sozialschutzsystem gestärkt und anpassungsfähiger sowie finanziell nachhaltiger gestaltet wird, und so durch den Klimawandel verursachte Krisen abzufedern.
- (9) Die Maßnahme mit dem Titel „Operational support programme to strengthen the Ecuadorian response to its security crisis and create resilient communities“ (Programm zur operativen Unterstützung der Stärkung der Reaktion Ecuadors auf seine Sicherheitskrise und der Schaffung resilienter Gemeinschaften) zielt darauf ab, die Reform des Sicherheitssektors in Ecuador zu unterstützen und die Resilienz der nationalen Sicherheitseinrichtungen, Gemeinschaften und des Privatsektors durch zwei Säulen zu verbessern: resiliente nationale Institutionen und resiliente Gemeinschaften und nichtstaatliche Interessenträger.

⁵ ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28.

- (10) Die Maßnahme mit dem Titel „European Union-Caribbean-Resilient programme (EU-CA-RES)“ (Resilienzprogramm Europäische Union-Karibik) zielt darauf ab, die Resilienz gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu stärken, indem der Umfang und die Angemessenheit inklusiver, schockresistenter und geschlechtergerechter Sozialschutzsysteme erhöht und die Wiederaufbaukapazitäten hochgefahren werden.
- (11) Die Maßnahme mit dem Titel „Climate-Resilient Sheltering Schools (CRSS)“ (Klimaresiliente beschützende Schulen) zielt darauf ab, die Resilienz von Schulen zu stärken, indem die Infrastruktur repariert wird, damit diese künftigen Wirbelstürmen standhalten kann, und die Selbstversorgung mit Wasser, Energie und Telekommunikation nach Katastrophen sicherzustellen. Dazu gehören der Aufbau von Kompetenzen von Schülern und Gemeinschaften, die Aufrechterhaltung der Lernkontinuität bei Störungen und die Integration von Schulen in das nationale Netz von Schutzunterkünften. Ein politischer Dialog über Vorsorge und Bildung in Bezug auf Katastrophen ist integraler Bestandteil der Umsetzung.
- (12) Die Maßnahme mit dem Titel „Expert Support Platform for Resilience (ESPRES)“ (Fachforum zur Förderung der Resilienz) zielt darauf ab, die Fähigkeit der EU zur Stärkung der Resilienz zu verbessern und die Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung (HDP-Nexus) zu integrieren, indem methodische und thematische Unterstützung für die drei Hauptkomponenten des HDP-Nexus, die sechs Dimensionen der Fragilität (Wirtschaft, Umwelt, Mensch, Politik, Sicherheit und Gesellschaft) und Konfliktsensibilität bei der Programmplanung bereitgestellt wird.
- (13) Zielsetzung und Gestaltung aller Maßnahmen erfüllen die vom OECD-Ausschuss für Entwicklungshilfe festgelegten Kriterien für öffentliche Entwicklungshilfe gemäß den Anforderungen des Artikels 3 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/947. Sie tragen zur nachhaltigen Entwicklung der Partnerländer und zur Umsetzung der Agenda 2030 bei, indem sie die Resilienz von Staaten, Gesellschaften, Gemeinschaften und Einzelpersonen stärken. Die begünstigten Länder, die in der Liste der Empfänger öffentlicher Entwicklungshilfe aufgeführt sind, sind in dem jeweiligen Maßnahmendokument aufgeführt.
- (14) Die Finanzhilfen sollten ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden können und es sollten Bedingungen für die Gewährung dieser Finanzhilfen festgelegt werden.
- (15) Nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947 ist die Maßnahme im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (16) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck werden die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁶ bewertet und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Haushaltsordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen unterzogen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.

⁶ Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, in denen die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

- (17) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (18) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollten die Änderungen festgelegt werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (19) Der im vorliegenden Beschluss vorgesehene Aktionsplan steht im Einklang mit der Stellungnahme des nach Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 eingesetzten Ausschusses für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 *Der Aktionsplan*

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der das in den Anhängen beschriebene jährliche Arbeitsprogramm für die Durchführung des Aktionsplans für die Resilienz- und Krisenreaktionssäule für 2024 (Teil 1) darstellt, wird angenommen.

Der Aktionsplan umfasst die folgenden Maßnahmen:

- a) „Strengthening community resilience through improved livelihoods and access to basic services for vulnerable and displaced communities affected by conflict and climate change in Chad, South Sudan and the Central African Republic“ (Stärkung der Resilienz der Gemeinschaften durch Verbesserung der Existenzgrundlagen und des Zugangs zu grundlegenden Dienstleistungen für Schutzbedürftige und Vertriebene, die von Konflikten und Klimawandel in Tschad, Südsudan und der Zentralafrikanischen Republik betroffen sind) (siehe Anhang 1);
- b) „Programme de renforcement de la résilience des régions septentrionales des pays côtiers d’Afrique de l’Ouest face à la propagation du terrorisme“ (Programm zur Stärkung der Resilienz der nördlichen Regionen der Küstenstaaten Westafrikas angesichts der Ausbreitung des Terrorismus) (siehe Anhang 2);
- c) „Adaptive social protection to strengthen long-term resilience and address drivers of displacement in Pakistan“ (Anpassungsfähiger Sozialschutz zur Stärkung der langfristigen Resilienz und zur Bekämpfung der Ursachen von Vertreibungen in Pakistan) (siehe Anhang 3);
- d) „Operational support programme to strengthen the Ecuadorian response to its security crisis and create resilient communities“ (Programm zur operativen Unterstützung der Stärkung der Reaktion Ecuadors auf seine Sicherheitskrise und der Schaffung resilienter Gemeinschaften) (siehe Anhang 4);
- e) „European Union-Caribbean-Resilient programme (EU-CA-RES)“ (Resilienzprogramm Europäische Union-Karibik) (siehe Anhang 5);
- f) „Climate-Resilient Sheltering Schools (CRSS)“ (Klimaresiliente beschützende Schulen) (siehe Anhang 6);
- g) „Expert Support Platform for Resilience (ESPRES)“ (Fachforum zur Förderung der Resilienz) (siehe Anhang 7).

Artikel 2
Beitrag der Union

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Programms für 2024 beläuft sich auf 107 000 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der Haushaltslinie 14 02 03 20 des Gesamthaushaltsplans der Union, eingestellt wurden.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Umsetzung der im Anhang dargelegten Maßnahmen, bei denen die indirekte Mittelverwaltung zur Anwendung kommt, kann Stellen oder Personen anvertraut werden, die in den Anhängen 3, 5 und 6 Nummer 4.3.1, in Anhang 4 Nummer 4.3.2 und in den Anhängen 1 und 2 Nummer 4.4.2 genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Höchstbeitrags der Union nicht übersteigen, oder Änderungen⁷ der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substanziell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Artikel 5
Finanzhilfen

Finanzhilfen können gemäß den in den Anhängen dargelegten Bedingungen ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen gewährt werden. Finanzhilfen können den gemäß Nummer 4.3.1 des Anhangs 4 und gemäß Nummer 4.4.1 der Anhänge 1 und 2 ausgewählten Einrichtungen gewährt werden.

Brüssel, den 18.7.2024

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission

⁷ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.